

Niedriglohnsektor weiter gewachsen

Schlecht bezahlt werden vor allem atypisch Beschäftigte und Arbeitnehmer außerhalb des Tarifsystems.

Von 2006 bis 2010 ist der Anteil der Geringverdiener an allen Beschäftigten um knapp zwei Prozentpunkte auf 20,6 Prozent gestiegen. Dies geht aus der jüngsten Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes* hervor. Ihr liegen die Angaben von 1,9 Millionen Arbeitnehmern in Betrieben mit wenigstens zehn Beschäftigten zugrunde. Damit setzte sich „ein längerfristiger Trend fort“, so das Bundesamt.

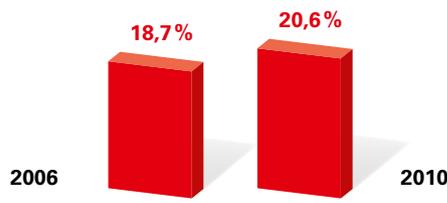
Besonders häufig betroffen sind Arbeitnehmer, die keinen Tariflohn bekommen oder atypisch beschäftigt sind. Beispielsweise lagen die Verdienste von 84 Prozent der Mini-jobber unter der Niedriglohngrenze. Auch einige Branchen stechen heraus: Taxifahrer arbeiten zu 87 Prozent, Friseurinnen zu 86 und Beschäftigte im Reinigungsgewerbe zu 82 Prozent im Niedriglohnbereich.

Als Niedriglohn gilt ein Bruttostundenlohn, der weniger als zwei Drittel des mittleren Einkommens beträgt. 2010 waren das 10,36 Euro.

Die Erhebung zeigt zudem, dass Niedrigverdiener nicht nur wegen ihrer geringen Ansprüche auf gesetzliche Rente im Alter ein Problem bekommen werden. Auch über eine betriebliche Altersvorsorge verfügen sie seltener als Beschäftigte mit höheren Löhnen. ◀

Ein Fünftel jobbt für unter 10,36 €

Für einen Niedriglohn arbeiteten von allen Beschäftigten...



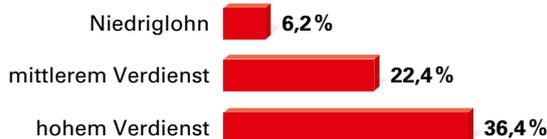
2010 arbeiteten für einen Niedriglohn von allen...



Für einen Niedriglohn arbeiteten bei Arbeitgebern...



Eine Betriebsrente (Entgeltumwandlung) haben* mit...



Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Mitarbeitern; * von sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten; Quelle: Statistisches Bundesamt 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Statistisches Bundesamt: Niedriglohn und Beschäftigung 2010, September 2012

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

INDUSTRIEPOLITIK

Passender Mix aus Hilfen und Wettbewerb

Richtig gemacht, können staatliche Förderprogramme für zukunftssträchtige Industriezweige viel Gutes bewirken. Das zeigt eine Studie von Forschern der US-Universität Harvard.

Industriepolitik galt vielen liberalen Wirtschaftsforschern lange Zeit als staatliche Geldverschwendung. Schließlich, so ihr Argument, könne der Staat nicht wissen, wo die künftigen Wachstumfelder sind. Ein fünfköpfiges Forscherteam um den Harvard-Professor Philippe Aghion kommt in seiner Untersuchung zum gegenteiligen Ergebnis: Wirtschaftsförderung könne sehr wohl funktionieren – wenn sie richtig gemacht wird.* Erfolgreich ist laut Studie eine Industriepolitik, die sich den Wettbewerb zwischen den Unternehmen einer Branche zunutze macht. Je härter die geförderten Firmen miteinander konkurrieren, desto mehr bewirke die Politik.

Aghion und Kollegen untermauern ihre These nicht ausschließlich mit einem theoretischen Modell. Sie liefern auch eine empirische Analyse am Beispiel Chinas. Dafür nutzten sie Daten aus einer jährlichen Umfrage der chinesischen Statistikbehörde. Für mittlere und große chinesische Unternehmen verfügten die Forscher über wichtige Kennzahlen wie Umsatz, Exporte, Investitionen und die Zahl der Beschäftigten der Jahre 1997 bis 2007. So konnten sie die Produk-

tivitätsentwicklung über einen Zeitraum von zehn Jahren nachvollziehen.

Die Wissenschaftler untersuchten die Wirkung von Zöllen, direkten Subventionen und Steuervergünstigungen auf die Produktivität der einzelnen Unternehmen: Nur wenn die Firmen intensiv miteinander konkurrierten, ließ die Förderung die Produktivität überdurchschnittlich wachsen. Auch durften nicht nur ausgewählte Unternehmen Hilfen erhalten.

Es komme darauf an, die Industriepolitik wettbewerbsfreundlich zu machen, so das Fazit der Forscher. Politisch relevant seien die Ergebnisse auch für die Debatte um die Förderung erneuerbarer Energien und einer nachhaltigen Industrie: „Ohne staatliche Eingriffe mit dem Ziel sauberer Produktion und Innovation wird sich die globale Erwärmung verstärken und weltweit zu mehr Dürren, Waldzerstörung, Migration und Konflikten führen.“ ◀

* Quelle: Philippe Aghion u.a.: Industrial Policy and Competition, Harvard University Department of Economics, 24. April 2012

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de